

Rainer Geißler

Perestroika des deutschen Bildungssystems

Deutschland hat eine Ungleichheitsmisere im Bildungsbereich. Der Ausbau von Ganztagschulen und Sprachförderung sind erste Schritte zu deren Überwindung. Doch ein weiterer Umbau des Bildungssystems hin zu einer Gemeinschaftsschule ist für eine erfolgreiche Reform des Bildungssystems unerlässlich.

Rainer Geißler

(* 1939) ist Professor für Soziologie an der Universität Siegen. Zuletzt erschien *Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung* im VS Verlag.

geissler@soziologie.uni-siegen.de



Kinder aus Akademikerfamilien besuchen sechsmal häufiger ein Gymnasium als Facharbeiterkinder. *Pisa* hat gezeigt, dass es in allen Gesellschaften Kompetenzunterschiede zwischen den Kindern aus dem oberen und dem unteren Viertel der Gesellschaft gibt, aber in Deutschland sind diese Unterschiede in der Lesekompetenz am größten.

Dieser extremen Bildungsungleichheit liegt ein sehr komplexes Bündel von Ursachen zugrunde, von denen hier nur einige besonders wichtige benannt werden.

Wenn der häufigere Gymnasialbesuch der Kinder aus höheren Schichten auf deren bessere Leistungen zurückgeführt wird, wie es häufig geschieht, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Nur die Hälfte der gymnasialen Chancen lassen sich – wie *Pisa* be-

legt – über Leistungsunterschiede erklären. Die andere Hälfte geht auf einen sozialen Filter zurück, der mit den Leistungen nichts zu tun hat. Einfluss auf die soziale Auslese hat die Familie, z. B. durch schichttypisch unterschiedlich ausgeprägte Bildungswünsche. Einfluss hat aber auch die zum Teil leistungsunabhängige soziale Auslese durch die Lehrer. So mussten Hamburger Grundschüler aus bildungsfernen Familien 50 Prozent mehr Leistung erbringen, um eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten, als Grundschüler aus bildungsnahen Familien.

Eine weitere wichtige Ursache ist durch die Gesamtstruktur des deutschen Bildungssystems bedingt, nämlich die frühe Verteilung der Schüler auf verschiedene Schultypen mit abgestuften Leistungsniveaus. Die Entscheidung für ein bestimmtes Schulniveau in einem frühen Alter, in dem noch viele Unsicherheiten über die Leistungsfähigkeit des Kindes bestehen, birgt Risiken in sich, die sozial schwache Familien u. a. aus finanziellen Gründen eher scheuen als andere. Besucht ein Kind erst einmal eine Hauptschule oder auch Realschule, hat es gegenüber den Gymna-

siasten weitere Nachteile. In den verschiedenen Schultypen existieren unterschiedlich effiziente »Lernmilieus«: An Gymnasien lernen Schüler mit den gleichen Leistungsvoraussetzungen nachweislich mehr als an Realschulen und an Realschulen mehr als an Hauptschulen. Schließlich ist in Deutschland die Kultur des Förderns von Problemkindern völlig unterentwickelt. Dies hat etwas mit Personaldefiziten in den Schulen zu tun, aber auch damit, dass institutionalisierte »Abschiebemechanismen« existieren. Man kann sich der Problemschüler entledigen, indem man sie die Klasse wiederholen lässt oder vom Gymnasium auf eine Realschule bzw. von der Realschule auf eine Hauptschule abschiebt.

Dass andere Gesamtstrukturen die Bildungsungleichheiten eindämmen können, zeigt ein Blick nach Schweden und Kanada. Beide Länder zeichnen sich dadurch aus, dass die Schüler bessere Leistungen erbringen als in Deutschland, dass die Kompetenzunterschiede zwischen Oben und Unten erheblich kleiner sind und dass die Kultur des Förderns deutlich besser entwickelt ist. In beiden Ländern gibt es keine mehrgliedrigen Schulsysteme, die zu frühen Entscheidungen über die Bildungswege zwingen, sondern auch in der Sekundarstufe I wird in sehr leistungsheterogenen Klassen in grundschulähnlichen, teilweise auch gesamtschulähnlichen Strukturen gelernt. Und in beiden Gesellschaften dürfen Klassen nur in extremen Ausnahmefällen wiederholt werden.

Was tun?

Die deutschen Bildungspolitiker mussten auf *Pisa* reagieren. Um Bildungsungleichheiten zu mildern, wurden parteiübergreifend drei Spuren aufgenommen: die frühe Sprachförderung, der Ausbau von Kindergärten und Vorschulen, sowie der Ausbau von Ganztagschulen. Alle drei Spuren führen in die richtige Richtung.

Eine vierte richtige Spur wird nur sehr zögerlich aus anderen Motiven heraus und auch nicht in allen Ländern betreten – das Zurückfahren des Sitzenbleibens. Bayern hat verkündet, dass die Klassenwiederholungen stark reduziert werden sollen – aber nicht, um schwache Schüler besser zu fördern, sondern um sein Staatssäckel zu schonen. Denn das Sitzenbleiben ist in der Regel nicht nur pädagogischer, sondern auch finanzieller Unsinn.

Die vier genannten Maßnahmen könnten die deutsche Bildungsmisere vermutlich mildern, aber sie können sie nicht beheben. Dazu sind sie zu sehr auf Einzelaspekte des komplexen Problems zugeschnitten. Um Deutschland vom Thron des Weltmeisters in der Bildungsungleichheit zu stoßen, muss die Gesamtstruktur des Bildungssystems ins Auge gefasst werden. Zu den deutschen Besonderheiten gehört es leider auch, dass die Gesamtstruktur – die niveaugestufte Mehrgliedrigkeit mit dem Zwang zu frühen Bildungsentscheidungen – so gut wie unantastbar ist. Sie gleicht einer heiligen Kuh – wer daran rührt, macht sich als Wissenschaftler unbeliebt und läuft als Politiker Gefahr, Wahlen zu verlieren. Schon die vergleichsweise sanfte Reformvariante, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zu niveaudifferenzierten Gesamtschulen zu integrieren, stößt auf erbitterten Widerstand bei den meisten Politikern, in großen Teilen der Lehrerschaft und in den Elternverbänden, die von den bildungsnahen Schichten dominiert werden und daher vom Status quo profitieren. Und die radikalere Idee, Kinder neun oder zehn Jahre in »Grundschulklassen« zu unterrichten, in denen alle von den Hochbegabten bis zu den Lernbehinderten gemeinsam lernen, taucht selbst im Elfenbeinturm der Wissenschaft nur selten auf.

Dennoch ist die gravierende Bildungsungleichheit nur wirkungsvoll abzubauen, wenn man den Mut aufbringt, eine Perestroika, einen wirklichen Umbau des Sys-

tems in Angriff zu nehmen. Deren Hauptziel muss sein, die generelle Trennung in verschiedene Schultypen mit abgestuften Niveaus nach und nach zurückzufahren und immer mehr Schüler neun oder zehn Jahre lang gemeinsam in sehr leistungsheterogenen Klassen zu unterrichten mit einem Maximum an individueller Förderung. Dadurch verschwinden wichtige soziale Selektionsmechanismen: zunächst der Zwang zu frühen Entscheidungen und die Grundschulempfehlungen für unterschiedliche Bildungsniveaus; darüber hinaus die ungleichen Lernmilieus in den verschiedenen Schultypen und die Abschiebemechanismen mit ihren Folgen: den Defiziten an individueller Förderung.

Für die Abschaffung der äußeren Niveaudifferenzierung spricht ein weiteres Ergebnis der internationalen vergleichenden Bildungsforschung: Die deutsche Bildungsmisere ist in erster Linie eine Sekundarstufenmisere. Die deutsche Primarstufe mit ihren leistungsheterogenen Lerngruppen schneidet im internationalen Vergleich – wie z.B. die *Iglu*-Studien zeigen – erheblich besser ab: Sie ist leistungsstärker und die sozialen Ungleichheiten der Lernergebnisse sind nicht so ausgeprägt.

Ein solcher Umbau kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Man muss langfristig denken und behutsam vorgehen, weil Wirklichkeit sehr vielschichtig verändert werden muss. Denn es geht ja nicht nur um die Veränderung der Organisationsstruktur, die noch relativ einfach zu bewältigen ist. Viel schwieriger sind die Veränderungen der Lehrpläne und Schulbücher sowie die pädagogischen Veränderungen, hierin eingeschlossen auch die Veränderung der Lehrerbildung. Es müsste ein anderer Lehrertyp die Universitäten verlassen, zu dessen zentralen Fähigkeiten der Umgang mit leistungsheterogenen Klassen und Binnendifferenzierung sowie die individuelle Förderung gehören.

Schwierig wird es auch sein, die Deutschen zum Umdenken zu bringen und sie

zu bewegen, von lieb gewordenen Traditionen wie dem traditionellen Gymnasium Abschied zu nehmen. Als Bildungspolitiker muss man nicht nur politische Mehrheiten gewinnen, sondern auch die direkt Betroffenen – vor allem Lehrer und Eltern aus allen Schichten – vom Sinn des Umbaus überzeugen.

Gemeinschaftsschulen und Schulentwicklung »von unten«

In der unübersichtlichen föderalistischen Bildungslandschaft in Deutschland sind offensichtlich die Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein derjenige reformerische Ansatz, der am weitesten in die skizzierte Richtung geht. Seit März vorigen Jahres ist dort eine Verordnung – beschlossen von der Landesregierung der Großen Koalition – in Kraft, die es den Schulen ermöglicht, sich in »Gemeinschaftsschulen« umzuwandeln. In diese Schulen gehen alle Schüler der Klassen 5 bis 10 gemeinsam, und den einzelnen Schulen bleibt es selbst überlassen, wie weit sie die Integration der unterschiedlichen Leistungsgruppen vorantreiben. Klassenwiederholungen sind nur – so wie das Überspringen einer Klasse – in Ausnahmefällen erlaubt. Ein Vorzug dieser Lösung ist, dass sie den Schulen nicht aufoktroiiert wird, sondern sie ermöglicht eine Schulentwicklung »von unten« in Kooperation mit den betroffenen Eltern und Lehrern, die sich auf die neue Situation vorbereitet haben und eventuell auch entsprechend weiterbilden.

Einen Punkt muss man allerdings auch ganz klar und nüchtern sehen: Ein Mehr an Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst zu haben. Die neuen Strukturen – Binnendifferenzierung mit einem Mehr an individueller Förderung – erfordern mehr Personal, nicht nur mehr Lehrer, sondern auch mehr Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und Schulmediziner. Wenn der Umbau effizient sein soll, kostet er Geld. Deutsch-

land müsste seine Bildungsausgaben, die lediglich bei 84 % des OECD-Durchschnitts liegen, schon deutlich steigern.

Obwohl Prognosen immer gewagt sind: Die Zeichen für eine Perestroika in immer größeren Bereichen des deutschen Bildungssystems stehen nicht schlecht. In der über Jahrzehnte fest geschlossenen Phalanx der Verteidiger des traditionellen Systems zeigen sich erste Risse. Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, dass eine CDU-geführte Landesregierung die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen zulässt, oder dass die SPD in Wahlkämpfen für den Abbau der

Mehrgliedrigkeit wirbt und dabei – wie kürzlich in Hessen – Wählerstimmen gewinnt, oder dass die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* den »Angriff auf das deutsche Gymnasium« – so eine Schlagzeile am 14. Oktober 2007 – nicht zurückweist, sondern rechtfertigt? Der Stein, den *Pisa* ins Rollen gebracht hat, erhält durch die demografische Entwicklung zusätzliche Schubkräfte, deren Stärke in Zukunft weiter zunehmen wird. Diese Signale sollten den Parteien Mut machen, die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen über eine Entwicklung »von unten« offensiv zu vertreten.